

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Claudia Stamm

Abg. Dr. Linus Förster

Abg. Andreas Lorenz

Abg. Florian Streibl

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2 b und 2 c zur gemeinsamen Beratung auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Verbesserung der Beteiligung Jugendlicher an demokratischen Entscheidungsprozessen - Jugendbeteiligungsgesetz (Drs. 17/9735)**

**- Erste Lesung -**

und

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)**

**zur Änderung der Verfassung, des Landeswahlgesetzes und des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes**

**Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei Wahlen, Volksbegehren und Volksentscheiden sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (Drs. 17/9757)**

**- Erste Lesung -**

Die Gesetzentwürfe werden vonseiten der Antragsteller begründet. Als Erste darf ich Kollegin Claudia Stamm bitten. – Erfolgen Begründung und Aussprache zusammen? – Das ist der Fall. Dann sind es 11 Minuten.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die sitzungsfreie Zeit auch dazu genutzt, um mich von vielen Schulklassen mit Fragen durchlöchern zu lassen. Gerade auch die Jüngeren wollten gar nicht mehr aufhören; sie waren ganz begeistert und interessiert an dem, was hier im Hohen Hause passiert, an Politik.

Ich finde, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen uns nicht darüber beschweren, dass sich Jugendliche nicht für Politik interessieren oder begeistern, ohne wirklich etwas für sie zu tun. Übrigens stimmt es gar nicht, dass sich die Jugendlichen nicht engagieren; sie engagieren sich sehr, sie engagieren sich punktuell, in Vereinen

und Verbänden. Als ich bei der Flüchtlingshilfe an verschiedenen Grenzen in Kroatien und in Österreich unterwegs war, hat Europa in der Nothilfe und bei der Erstversorgung von Flüchtlingen maßlos versagt. Wenn, dann waren die Jugendlichen Europas da. Die Jugendlichen haben sich organisiert, sind hingefahren und haben einfach angepackt und geholfen. Europa hat funktioniert, aber nur von unten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nehmen wir Jugendliche endlich ernst, wirklich ernst, nicht nur in den Sonntagsreden, sondern lassen wir sie teilhaben daran, wie sie ihre Zukunft gestalten! Wir alle, die wir hier sitzen, wissen: Die Gesellschaft wird älter. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes werden im Jahr 2060 nur noch 12 Millionen Menschen, die jünger als zwanzig Jahre sind, leben. Jugendliche werden also zunehmend zu einer gesellschaftlichen Minderheit. Deswegen muss uns alle, die wir hier sitzen, die Frage umtreiben: Wie können Jugendliche ihre Interessen durchsetzen? – Die Antwort liegt, finde ich, klar auf der Hand: durch Teilhabe, durch echte Teilhabe. Kurzum, wenn Jugendliche, junge Menschen immer mehr zur gesellschaftlichen Minderheit werden, ist es unsere Pflicht, ihnen und damit der Zukunft eine Stimme zu geben.

Eine Senkung des Wahlalters auf 16 hat auch den Vorteil, dass die meisten Jugendlichen dann ihre erste Wahl noch in der Schulzeit erleben können. Damit wäre Demokratiebildung nicht mehr ein rein theoretisches Lernen, sondern die Jugendlichen könnten diskutieren - auch darüber, was es bedeutet, ein Wahlrecht zu haben, welches Privileg es ist, ein Wahlrecht zu haben und es nutzen zu können, und darüber, welche Auswirkungen Wahlentscheidungen haben. Demokratie zum Anfassen, zum Selbsterleben. – Fakt ist: Erstwählerinnen und Erstwähler, die nicht zur Wahl gehen, sind später kaum mehr einzufangen; das heißt, sie sind für den demokratischen Prozess verloren.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn all diese Argumente Sie nicht überzeugen, die die Jugendlichen bestärken, die Jugendliche – neudeutsch ausgedrückt – "empowern", oder – schade, dass der Innenminister nicht da ist; er wusste ja schon gestern, vor der Ersten Lesung, die Antwort – die alten "Oppositionsargumente" – in Anführungszeichen – Sie nicht überzeugen können, dann schauen Sie doch einfach einmal über die Grenzen. Immer mehr Bundesländer senken das Wahlalter auf 16 ab, insbesondere auch bei den Kommunalwahlen.

Wenn selbst dieser Blick über die Landesgrenze den Impuls nicht gibt, unserem guten Gesetzentwurf zuzustimmen oder auch dem von der SPD, dann lassen Sie uns doch noch einmal bitte qualifiziert in die Diskussion gehen. Es gibt eine ganz neue Studie der Bertelsmann Stiftung; die besagt hauptsächlich zwei Dinge: zum einen, das Wahlalter ab 16 würde helfen, dass junge Menschen aus sozial schwachen Schichten eben eher an die Urne gehen. Das muss in unser aller Sinne sein, damit nicht immer noch mehr Menschen abgehängt werden und nicht immer noch mehr Menschen nicht mehr an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben wollen oder teilhaben können. Das muss in unserem Sinne sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich diese Tendenz noch weiter verstärkt.

Zum anderen besagt die Studie: Bei einem Wahlalter ab 16 würden wir die Wahlbeteiligung dauerhaft massiv steigern können, also massiv anheben. Im Jahr 2049 würde dann nach der Studie der Bertelsmann Stiftung – also keine unbedingt der GRÜNEN-Affinität verdächtige Stiftung – die Wahlbeteiligung nämlich bei 80 % liegen. Die Schlussfolgerung: Je früher und je häufiger Erst- und Jungwähler ihre Stimme abgeben, desto höher ist langfristig das Niveau der allgemeinen Wahlbeteiligung. Ganz aktuell: In diesen Zeiten ist das wirklich ein wichtiger Aspekt: Je früher Jugendliche in demokratische Prozesse eingebunden sind, desto weniger anfällig sind sie für extreme politische Positionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bitte Sie also in Erster Lesung heute um nichts anderes – vielleicht kann man das dem Innenminister auch ausrichten, um nicht gleich wieder in die alte Leier zu verfallen und gleich alles abzubügeln von wegen: Das kennen wir schon alles, das wissen wir schon alles –, als ernsthaft mit uns die Diskussion im Ausschuss zu führen und dann auch hier in der Zweiten Lesung. Es geht einfach darum, unser System – und das ist das beste System, das wir kennen –, die Demokratie zu stärken. Es geht um nichts anderes als darum, die Demokratie, zu stärken. Das ist ein sehr gewichtiges Argument, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Verschließen Sie nicht die Augen davor, dass sich Jugendliche heute viel früher und viel schneller entwickeln. Das ist nichts, was Claudia Stamm hier am Redepult erfunden hat, sondern das sagen ganz viele Psychologen, die das immer wieder feststellen: Jugendliche sind heute früher reif.

Deswegen, aber auch, weil wir es in einer immer älter werdenden Gesellschaft nicht zulassen können, dass junge Menschen nicht ausreichend, nicht genug eine Stimme verliehen bekommen, müssen Sie sich einen Ruck geben und ernsthaft mit uns zumindest über Ihre Positionen diskutieren und nachdenken.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir erstens eine Änderung der Verfassung, zweitens eine Änderung des Landeswahlgesetzes und drittens eine Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes, um das Wahlalter 16 bei Landtags-, Bezirkstags- und Kommunalwahlen sowie bei Volksentscheiden Bürger- und Bürgerinnenentscheiden einzuführen. Außerdem beantragen wir die Änderung der Gemeinde- und Landkreisordnung. Mit dieser Änderung wollen wir dann die Bürgerversammlung und den Bürgerantrag auf Gemeinde- und auf Kreisebene durch sogenannte Einwohner- und Einwohnerinnenversammlungen ersetzen. An diesen können eben auch alle nicht volljährigen Einwohner beteiligt werden. Das ist der Sinn und Zweck unseres Gesetzentwurfs.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns ist bewusst, dass ein früheres Wahlrecht und das Stimmrecht in Einwohnerversammlungen keine Selbstläufer sind. Die Jugendlichen sind nicht deswegen auf einmal mündiger, weil wir ihnen früher eine wahre Teilhabe erlauben, sondern weil es psychologisch erwiesen ist. Parallel dazu muss auch in der schulischen Bildung einiges getan werden. Das ist auch der Wunsch der Jugendlichen: Sie wünschen sich eine stärkere Thematisierung von Wahlen im Schulalltag. Eine repräsentative Umfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt hat, besagt, dass acht von zehn Jugendlichen Demokratie und Demokratieerziehung im Schulalltag stärker verankert haben möchten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, nehmen Sie die Jugendlichen ernst, und lassen Sie die Jugendlichen dieses Land Bayern mitgestalten! Für unsere Demokratie tut das not.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Förster das Wort erteilen. Herr Kollege, Begründung und Aussprache zusammen? – Dann zehn Minuten, bitte.

**Dr. Linus Förster (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich heute früh nach dem Frühstück hingesetzt und habe mir meine Rede noch einmal überlegt. Sie ist mir sehr, sehr wichtig. Sie ist mir schon sehr lange wichtig. Mitwirkungsrechte und Mitwirkungschancen junger Menschen begleiten mich nämlich schon, seit ich 15 Jahre alt bin.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frühreif!)

– Na ja. Ich hatte viele gleichaltrige Freundinnen und Freunde, die die gleichen Anliegen hatten wie ich. – Als ehrenamtlicher Jugendleiter in der Jugendarbeit und als Bezirksschülersprecher von Schwaben habe ich mich damals mit Gleichaltrigen für die SMV meiner Schule eingesetzt, für den Erhalt eines Jugendzentrums, für bessere Bil-

dungspolitik etc. Bei den Wahlen habe ich meiner Oma gesagt, was und wen sie wählen soll. Ich glaube sogar, dass meine Oma das so gemacht hat, weil sie im Großen und Ganzen der Meinung war, ihr sei es eigentlich egal, wer Deutschland regiert, die CSU und die SPD hätten gleichermaßen anständige Leute. – Gut, die FDP war ihr unsympathisch, und mit den GRÜNEN hatte sie ein bisschen Probleme wegen der Länge der Haare.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das kann aber auch anders sein!)

– Genau. Deswegen sind Ihre Haare jetzt kurz. – Ich habe nie verstanden, warum meine Oma wählen durfte und ich nicht. Deswegen ist es seitdem fast zu einer Obsession von mir geworden, dass ich hier in diesem Hohen Hause für eine Absenkung des Wahlalters werbe – gemeinsam mit dem Bayerischen Jugendring, den Jugendverbänden, mit der Landesschülervertretung, allen möglichen Organisationen, in denen sich junge Menschen unter 18 Jahren politisch betätigen. Jeder der hier anwesenden Abgeordneten lobt sie zwar an allen Ecken und Enden für ihr politisches Engagement, aber man war doch bis heute noch nicht dazu bereit, ihnen das angemessene Wahlrecht zukommen zu lassen.

Ich denke, dass der richtige Zeitpunkt gekommen ist, über dieses Thema zu reden. Auch der Rat der Gemeinden und Regionen Europas – RGRE – in Straßburg hat eine Empfehlung ausgesprochen, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, am politischen Geschehen zu partizipieren. Der Beschluss war einstimmig. Der CSU-Kollege Taubeneder hat gemeinsam mit mir, mit der deutschen Delegation, über alle parteipolitischen Grenzen hinweg zugestimmt.

(Widerspruch des Abgeordneten Walter Taubeneder (CSU))

– Doch, doch. Ich habe das beobachtet. Ich hab's mit dem Handy fotografiert.

(Heiterkeit bei der SPD)

Auch die politischen Erfahrungen mit dem Wahlalter 16 auf kommunaler Ebene, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt oder Schleswig-Holstein, verdeutlichen, dass Jugendliche mit politischen Entscheidungskompetenzen sehr wohl umgehen können.

Also habe ich mich heute Morgen sehr gut vorbereitet. Meine Mutter hat mich zufällig angerufen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe versucht, das Telefonat abzuwürgen; ich habe meiner Mutter gesagt: Du, Mutter, ich muss mich vorbereiten, ich muss heute zum Wahlalter 16 reden. Dann fragte sie mich: Habt ihr keine anderen Probleme im Bayerischen Landtag? –

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Sie sagte: All die armen Flüchtlinge, Pegida, AfD – müsst Ihr nichts gegen die Petry und gegen die ganze Brandstiftung machen? – Dann habe ich zu meiner Mutter gesagt: Doch, Mama, genau deswegen muss ich heute zu einer Absenkung des Wahlalters reden.

(Beifall bei der SPD)

Es besteht nämlich ein Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit. Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen Politikverdrossenheit und der Bereitschaft, radikal zu wählen. Die grassierende Politikverdrossenheit ist nämlich nicht nur Produkt einer ermüdeten Demokratie, sondern – und diese Diagnose ist nicht von der Hand zu weisen – auch einer immer stärkeren Entfremdung von Politik und Wählern bzw. von Politikern und Politikerinnen und Wählern.

Dem verbreiteten und Verdruss erzeugenden Eindruck des alternativlosen Vollzugs technisch-ökonomischer Zwänge durch die Politik muss wieder die Pluralität politischer Entwürfe entgegengestellt werden dürfen. Ansonsten droht ein Schwund an

konstitutionellen Werten, hinter denen wir – mit ganz unterschiedlichen Positionen – doch alle stehen, zugunsten von antipolitischen Momenten einer Erregungs- und Empörungsgesellschaft, für die AfD und Pegida stehen. Das können wir ja wohl nicht wollen.

Zu einer Pluralität der Lebenswelten gehört vor allem die Welt der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen, die in unserem politischen Gefüge, in unserem politischen Entscheiden und Handeln immer weniger zum Zuge kommt. Das erzeugt eben diese Politikverdrossenheit, also die Verdrossenheit im Hinblick auf die Politik sowie die Politikerinnen und Politiker. Im schlimmsten Fall erzeugt sie eine Bereitschaft zu Radikalismus und politischem Extremismus. Im besseren, aber immer noch negativen Fall führt sie zu Wahl- und Partizipationsverweigerung.

Die seit Jahren sinkende Wahlbeteiligung auf allen staatlichen Ebenen schadet der Demokratie. Die Studie der Bertelsmann Stiftung "Wählen ab 16" hat sich ganz intensiv damit beschäftigt. Ich wiederhole jetzt nicht, was Claudia Stamm zu diesem Thema gesagt hat. Diese Studie zeigt deutlich, je früher und je häufiger sich Erst- und Jungwähler beteiligen, umso höher sind langfristig die Wahlbeteiligung und die Akzeptanz der gewachsenen demokratischen Strukturen. Auch eine für diese Studie durchgeführte Simulationsrechnung zeigt deutlich – deswegen macht es schon einen Unterschied, lieber Kollege, ob wir zwei Jahre früher oder später starten –, bei einer Steigerung der Erstwahlbeteiligung um weniger als ein Drittel würde man die Gesamtwahlbeteiligung auch irgendwann einmal wieder auf über 80 % erhöhen. Wählen mit 16 ist deshalb nicht nur jugendpolitisch ein wichtiges Thema, sondern auch mit Blick auf die Stabilisierung der Wahlbeteiligung und der Demokratie in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe online gelesen, dass Minister Herrmann im "Bayernkurier" gesagt hat, er möchte Wahlrecht und Volljährigkeit nicht voneinander trennen. Beides gehört für ihn unweigerlich zusammen, das kann man nicht trennen. Daran sieht man, er ist ein stu-

dierter Jurist und ein Beamter. Wäre er Politologe oder Historiker, wüsste er nämlich, dass dieses Argument historisch nicht gilt. Bei der Bundestagswahl 1972 durften erstmals die damals noch nicht volljährigen 18- bis 20-Jährigen wählen. Das Alter der Volljährigkeit lag damals noch bei 21 Jahren. Es lag also schon einmal auseinander. Ich denke, das kann man bei uns auch entsprechend gestalten. Johanna Werner-Muggendorfer gehört zu der Generation, die hier quasi Nutznießer war.

Der Minister hat allerdings eine qualifizierte Zuarbeit in seinem Ministerium. 2006 hat das Innenministerium seine Fachfrau zur Verfügung gestellt, als wir in einem Hearing der SPD-Fraktion über die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre debattiert haben. Diese Juristin hat damals ganz klar festgestellt – Sie können es im Protokoll nachlesen –, es gibt keine juristischen Bedenken dagegen, das Alter auf 14 Jahre zu senken. – Aber wir fordern hier ja gar keine Absenkung auf 14, sondern eine Absenkung auf 16 Jahre.

Mit der eingeschränkten Geschäftsfähigkeit, aber auch der Anwendung des Jugendstrafrechts auf Jugendliche über 14 Jahren sowie der ab 14 Jahren eintretenden Religionsmündigkeit und der Befugnis zur Entscheidung darüber, bei welchem Elternteil man im Scheidungsfall leben will, wird Jugendlichen bereits ein sehr hohes Maß an Verantwortung und überlegter Entscheidungsfindung abverlangt. Auch die Entscheidung hinsichtlich der Schul- und Berufswahl bedeutet für Jugendliche unter 18 Jahren eine enorme Verantwortung, die wir ihnen aufbürden. Ich denke mir, wenn man als junger Mensch mit 14, 15 oder 16 Jahren die Entscheidung treffen muss, ob man auf dem Gymnasium bleibt, auf die Realschule geht oder eine Lehre macht, soll man auch mitreden dürfen, wie wir in der Politik Bildung definieren.

(Beifall bei der SPD)

Bildung als Stichwort; auch das hat Claudia Stamm schon gesagt: Wenn wir das Wahlalter absenken, muss die Bildung an einer Qualifizierung mitarbeiten. Das Argument, Wählerinnen und Wähler unter 16 Jahren hätten für Wahlen nicht das nötige Wissen,

wird von diesen gar nicht unbedingt geleugnet. Das ist der große Unterschied zu allen im Alter darüber: Je älter die Wähler werden, desto überzeugter sind sie, dass sie die Weisheit mit Löffeln gefressen haben. Junge Menschen sagen das gar nicht, aber sie möchten mehr politische Bildung im Schulunterricht haben. Es ist doch auch eine tolle Möglichkeit: Wo kann man besser breit diskutieren als im Schulunterricht? Man kann darüber sprechen, welche Wahlentscheidungen anstehen. Man kann Wahlprogramme lesen. Da würden sich manche Lehrer freuen; denn da kann man gut didaktische Konzepte umsetzen.

Seien wir doch einmal ehrlich: Wenn es uns passt, haben wir kein Problem damit, bei der politischen Arbeit unter das Alter von 18 Jahren zu gehen. Jeder von uns sieht doch gern junge Gesichter in seiner Partei. Jeder von uns schätzt es, wenn die 14-Jährigen in unsere Partei eintreten, Wahlkampf machen, Unterschriften sammeln und an den Info-Tischen stehen. Aber widersinnigerweise sollen sie nicht mit darüber entscheiden dürfen, welche Politiker letztendlich ihren Willen vertreten. Vielleicht ist das ja das Problem: ihren Willen vertreten.

Auch die Entwicklung, wie viele junge und ältere Menschen wir haben, hat Claudia Stamm angeführt. Die Zahl der sogenannten Best Ager wird gewaltig zunehmen, und wir wünschen allen ein gutes und lebenswertes Leben. – Aber das muss finanziert werden. In einer Studie hat der internationale Forschungsverbund Population Europe laut einem Bericht in der "WELT" festgestellt – Zitat –: "Je älter die Menschen sind, umso weniger heißen sie es gut, dass öffentliche Gelder an Familien und Kinder fließen, und umso mehr fordern sie zusätzliche Mittel für Rentner." Es könnte also zu einem generationsbedingten Verteilungskonflikt kommen. Machen wir uns deswegen zu Lobbyisten der Älteren? – Nein, wir müssen gerade im Generationenvertrag Lobbyisten für die Jüngeren sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern deshalb Gleichberechtigung für Jugendliche bei Wahlen, Volksbegehren, Volksentscheiden, Volksbefragungen sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, aber wir wollen keinen Ausnahmetatbestand. Des-

halb brauchen wir auch kein Jugendbeteiligungsgesetz, wie es im Titel des Gesetzentwurfs der GRÜNEN genannt wird, sondern einfach das Recht auf Beteiligung der Jugendlichen unter 15 Jahren.

Der Entwurf der GRÜNEN enthält ein paar interessante Ideen, teilweise schießen sie über das Ziel hinaus. Wir haben aber heute die Erste Lesung und können in den Ausschüssen entsprechend diskutieren. Wir von der SPD freuen uns auf diese Diskussion. Wir sind sicher, dass es, wenn wir diesen Dialog ernsthaft führen wollen, spannende Diskussionen werden, die hoffentlich das richtige Ergebnis nach sich ziehen, nämlich eine Absenkung des Wahlalters.

(Beifall bei der SPD)

**Andreas Lorenz (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Damen und Herren, werte – –

**Präsidentin Barbara Stamm:** Moment bitte, Herr Kollege.

**Andreas Lorenz (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Werte Kollegen, ich bin jetzt seit über sieben Jahren Mitglied des Bayerischen Landtags. Ich glaube, alle Jahre wieder haben wir hier in Erster und Zweiter Lesung über das immer gleiche Thema gesprochen. Das heißt, Sie kommen in regelmäßigen Abständen von ein bis zwei Jahren mit den immer gleichen Vorschlägen. Manchmal wird die Begründung ein bisschen geändert; manchmal wird eine aktuelle Studie ergänzt; manchmal bezieht es sich auf eine Europawahl, jetzt hier auf Landtags- und Bezirkswahlen. Aber das Thema ist immer das gleiche. Das ist Ihr gutes Recht, das streite ich nicht ab. Wenn wir das jedes Jahr wieder diskutieren, ist das für mich kein Problem. Ob Sie damit allerdings einen herausragenden Beitrag zur Lebendigkeit des Parlaments leisten, sei dahingestellt.

Sie haben schon erwähnt, Ihre Anträge sind die gleichen. Unsere Antworten sind logischerweise auch die gleichen. In unserem System ist das Wahlalter an die Volljährig-

keit geknüpft. Das ist der Anknüpfungspunkt. Sie haben richtigerweise erwähnt, dass das Alter der Volljährigkeit früher schon einmal ein anderes war. Es lag schon einmal bei 21 Jahren und wurde im Laufe der historischen Entwicklung von 21 Jahren auf 18 Jahre gesenkt. Aber es gibt von Ihnen keinen einzigen Vorschlag, das Alter der Volljährigkeit zu senken. Mir ist jedenfalls nicht bekannt, dass Sie sagen, die geistige Reife der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren dermaßen verändert, dass Sie den Antrag stellen, das Alter der Volljährigkeit auf 17 oder 16 Jahre herabzusetzen. Das ist mir nicht bekannt. Ich schließe grundsätzlich nicht aus, dass das so ist. Wenn dies einmal so wäre, dann müsste natürlich auch das Wahlalter entsprechend abgesenkt werden.

Rechte und Pflichten müssen im Einklang miteinander stehen. Sie verweisen auf das Strafrecht. Ich bin nicht der Meinung, dass es der Regelfall sein soll, dass Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr generell nach dem Jugendstrafrecht behandelt werden. Das sollte der Ausnahmefall sein. Rechte und Pflichten müssen in einem demokratischen Staat in einem gewissen Einklang stehen. Deswegen werden wir an unserer Haltung auch nichts ändern. Ihre Argumente können da nicht überzeugen.

Lassen Sie mich auf die spezifische Forderung der GRÜNEN kommen, nämlich auf den Einwohnerantrag. Wir haben in der letzten Legislaturperiode beschlossen – damals noch mit Stimmen der FDP –, dass wir im Zuge der Überarbeitung der Gemeindeordnung ein Rederecht bei den Bürgerversammlungen auch für Kinder und für Nicht-EU-Ausländer einführen wollen. Das werden wir selbstverständlich auch umsetzen.

(Zuruf von der SPD: Wann?)

– Bei der nächsten Überarbeitung der Gemeindeordnung. – Wir halten es aber nicht für sinnvoll, quasi ein volles Abstimmungsrecht einzuführen. Das ist ja das, was Sie da wollen; Sie sagen: Wir fordern das Wahlalter mit 16.

Ich habe gerade noch einmal im Internet recherchiert. Da habe ich einen Antrag der GRÜNEN JUGEND Bayern gefunden, ein passives und aktives Wahlalter mit null Jahren einzuführen. Sie sagen: Als ersten Schritt könnten wir vielleicht sogar auf 14 Jahre gehen. - Ich sage Ihnen: Die Grenze zur Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre ist willkürlich gegriffen. Da könnte die Grenze genauso gut bei 15, 14 oder 17 Jahren liegen.

Wir halten es nach wie vor für sinnvoll, Rechte und Pflichten in einem demokratischen Staat in einen gewissen Einklang zu bringen. Ein Wahlakt bedeutet nicht ein minderes Recht. Damit werden wichtige Entscheidungen in den Parlamenten getroffen. Bedenken Sie, dass ein noch nicht 18-Jähriger nicht sämtliche Rechtsgeschäfte verpflichtend abschließen kann. Insofern werden wir Ihrem Anliegen vermutlich nicht nachkommen. Ich sehe zumindest keine neuen Argumente Ihrerseits; daher werden vermutlich auch unsere Antworten nicht neu sein.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich bitte Sie, am Rednerpult zu bleiben. Herr Kollege Dr. Förster hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

**Dr. Linus Förster (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege, es freut mich sehr, dass Sie im Zusammenhang mit dem Thema "Absenkung der Volljährigkeit" das Thema "Absenkung des Wahlalters" vielleicht doch angehen wollen. Das ist ein Zeichen dafür, dass wir in einen Dialog und in eine Diskussion einsteigen.

Wir haben uns bei unserem Antrag auf die Absenkung des Wahlalters konzentriert. Aber Sie müssen doch selber zugeben – Sie haben es selber genannt –: Wir kommen zwar immer wieder mit diesem Thema, aber wir bringen auch immer wieder neue Argumente, neue Studien, immer wieder neue Aspekte, die belegen, dass der Antrag der GRÜNEN und der SPD richtig ist.

(Beifall bei der SPD)

Könnten Sie mir bitte sagen, warum Sie sich kontinuierlich weigern? Wie lauten denn da Ihre neuen Erkenntnisse? Wenn Sie alte Protokolle nachlesen, werden Sie feststellen, dass das Thema "Absenkung des Wahlalters von 21 auf 18" auch über mehrere Jahre hinweg immer wieder thematisiert wurde. Irgendwann fiel diese Grenze dann doch.

(Beifall bei der SPD)

**Andreas Lorenz (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Ehrlicherweise muss man sagen: Sie bringen keine neuen Argumente, sondern Sie bringen höchstens neue Anlässe und neue Aufhänger für immer wieder die gleichen Anliegen. Wirkliche neue Argumente habe ich, ehrlich gesagt, nicht erkennen können.

(Dr. Linus Förster (SPD): Haben Sie die Bertelsmann-Studie gelesen?)

Insofern kann ich auf die gleichen alten Argumente auch keine neuen spannenden Antworten liefern. Neue Argumente von Ihnen sind mir - -

(Dr. Linus Förster (SPD): Haben Sie die Bertelsmann-Studie gelesen?)

– Ich habe sie quergelesen, aber natürlich nicht alle Seiten.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Eine weitere Zwischenbemerkung von Claudia Stamm.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Tut mir leid, dass Sie noch einmal zurückkommen mussten, sehr geehrter Herr Kollege Lorenz. Sie hatten gerade gemeint – der Kollege Förster hat es auch schon gesagt –, dass wir immer wieder dieselben Dinge beantragen würden und Sie das dann immer wieder mit denselben Argumenten ablehnen müssten.

Da muss ich Ihnen leider vehement widersprechen. Kinderkrippen waren in Ihren Augen jahrzehntelang Teufelszeug, ebenso die Ganztagschulen. Jetzt ist das Ganze völlig selbstverständlich; die CSU ist angeblich Vorreiterin bei diesen Dingen. Von daher stimmt das, was Sie sagen, einfach nicht. Ihre Logik hinkt.

Alles, worum ich gebeten habe, war: Halten Sie mal inne, nehmen Sie bitte eine qualifizierte Diskussion im Ausschuss wahr. Es ist doch so, dass die Wahlbeteiligung immer weiter sinkt und dass wir gerade eine uns allen unangenehme Radikalisierung auf der rechten Seite erleben.

Diese Punkte müssen im Zusammenhang mit den neuen Studien zum Innehalten und zum Überlegen anregen. Sie müssen sagen: "Okay, wir führen jetzt einmal eine Diskussion", und sollen nicht reflexartig äußern: "Ach, das ist ja schon wieder das Gleiche", und dann lehnen Sie es ab.

Auch ein Blick über die Landesgrenzen hinaus wäre angebracht – das habe ich bereits gesagt –; es wäre sehr angebracht und würde Ihnen gut zu Gesicht stehen, Ihnen als CSU und als Mehrheitsfraktion.

Dann haben Sie noch die GRÜNE JUGEND Bayern mit dem "Wahlalter null" angeführt. Ich erspare es Ihnen, Sie mit allem, was die Junge Union sagt, zu konfrontieren. Wir fordern hier ganz konkret das Wahlalter ab 16 Jahren. Dafür gibt es gute Gründe; wir haben sie alle genannt.

Im Zusammenhang mit der Einwohnerversammlung haben Sie sich in der Argumentation fast noch selber ein Ei gelegt, wenn Sie darauf verweisen. Das ist schon in der letzten Legislaturperiode beschlossen worden, aber immer noch nicht umgesetzt. Das ist fast schon Arbeitsverweigerung! Machen Sie es endlich und setzen Sie es doch endlich um!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

**Andreas Lorenz (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe hier keine Glaskugel; ich kann jetzt nicht eine gesellschaftliche Entwicklung prognostizieren, die sich vielleicht in Jahrzehnten oder in den nächsten Generationen abzeichnet. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob das Alter der Volljährigkeit in 30 oder 40 Jahren noch bei 18 liegt – wahrscheinlich schon, möglicherweise aber auch nicht.

Tatsächlich aber ändern sich Ihre Argumente von einem Jahr zum nächsten nicht. Sie haben keine neuen Argumente gebracht.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Wenn Sie wirklich fundamental neue Erkenntnisse hätten, dann könnte man darüber reden. Die sehe ich hier aber nicht. Mir ist nicht bekannt, dass es bei den Erstwählern im Alter von 18 bis 21 eine signifikant höhere Wahlbeteiligung gäbe als beim Durchschnitt der Bevölkerung. Nach meinen Erfahrungen ist sogar eher das Gegenteil der Fall: Bei den 18- bis 21-Jährigen ist die Wahlbeteiligung tendenziell sogar geringer.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der Schluss, den Sie daraus ziehen, man würde mit dem weiteren Absenken des Wahlalters die Wahlbeteiligung erhöhen, ist aus meiner Sicht ein wenig unlogisch. Zu diesem Schluss können Sie natürlich kommen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

– Im Augenblick habe immer noch ich das Wort.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

– Sie plärren ja immer dazwischen. Also, wenn Sie neue, fundierte und überzeugende Argumente haben, nehmen wir uns dieser gerne an. Im Augenblick kann ich das jedoch nicht erkennen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Als nächster Redner hat noch der Kollege Streibl das Wort.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt immer wieder interessante und anregende Debatten, wenn wir über das Wahlalter diskutieren. Eines dazu, Herr Kollege Förster: Ich finde es etwas

euphemistisch, wenn Sie sagen, Sie befänden sich mit der CSU-Fraktion im Dialog über dieses Thema. Das hat gerade nicht danach ausgesehen.

Ein Dialog darüber wäre sicher gut und wichtig. Sie sagen, man müsse die Demokratie stärken; das ist heute so wichtig wie noch nie. Es gilt, die Demokratie zu stärken. Ob es dann das richtige Mittel ist, einfach das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken, weiß ich nicht.

Wir sind hier etwas skeptisch; denn wir meinen, man sollte diese Frage an die Volljährigkeit koppeln. Schauen Sie nur einmal ins Vertragsrecht: Wenn man nicht auch bei der Volljährigkeit die Altersgrenze ändert, dann dürfte man zwar wählen, aber man dürfte keinen Vertrag abschließen. Es wäre insofern wichtig, hier einen gewissen Gleichklang zu finden. Da könnte vielleicht die Absenkung der Volljährigkeit ein Thema sein, über das man diskutieren könnte.

Ansonsten ist es nicht nachzuvollziehen, warum gerade von 16 Jahren die Rede ist. Wenn man die Diskussion schon aufmacht, dann sollte man sie generell öffnen. Da könnte man zum Beispiel auch über ein Familienwahlrecht nachdenken und darüber sprechen, warum das Wahlrecht nicht generell allen zusteht. So könnte man die Familien stärken, wenn es schon um die Stärkung der jüngeren Generationen geht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das sind Fragen, die einen durchaus umtreiben. Wir haben gesagt, dass wir uns ein Wahlrecht ab 16 Jahren im kommunalen Bereich vorstellen könnten. Da sind die Jugendlichen näher an den Entscheidungen dran; denn sie wissen, was in ihrer Gemeinde los ist. Wenn man dann einmal die Ergebnisse prüft, wie das dort gelaufen ist, kann man das Ganze in Zukunft vielleicht noch ausweiten.

Momentan sind wir jedoch skeptisch. Vielleicht könnte man in diesem Zusammenhang eine Expertenanhörung in diesem Hause durchführen. Wir überlegen, entsprechende

Anträge zu stellen. So könnten wir mehr Material, mehr Ansichten und Meinungen zu diesem Thema erhalten.

Wenn man sich die von Ihnen zitierte Bertelsmann-Studie anschaut, dann liest man dort, dass 80 % der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland keine Absenkung des Wahlalters wollen. Nur 13 % der Bevölkerung sprechen sich dafür aus. Wenn ich mit Schulklassen über dieses Thema diskutiere, ist es in der Regel so, dass die meisten Schülerinnen und Schüler sagen: Wir sind eigentlich ganz zufrieden mit dem Wahlalter von 18, wir wollen die Absenkung auf 16 gar nicht.

Ich meine, vorrangig müssen wir den Unterricht in politischer Bildung stärker in den Vordergrund stellen, um damit die Jugendlichen viel besser in die politische Landschaft einzuführen und ihnen beispielsweise zu vermitteln, wie unser Staat funktioniert. Das ist die Aufgabe, die vorrangig zu lösen ist.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Nach meiner Ansicht ist das die klassische Bildungsaufgabe. Außerdem brauchen die Jugendlichen mehr Zeit, diese Demokratie überhaupt leben zu können, sei es im Sportverein oder auch in einer politischen Partei, in der sie dann mitreden können. Unter diesem Aspekt wäre das G 9 zu bevorzugen, das genügend Zeit zum Reifen gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unter diesem Aspekt sehe ich die Notwendigkeit einer großen Menge Vorarbeit. Diese Aufgabe muss man angehen, und erst am Ende könnte dann auch eine Absenkung des Wahlalters stehen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ein Vorausgreifen der Absenkung halten wir unter diesen Aspekten für falsch. Es sollte der umgekehrte Weg gegangen werden, und dabei sollten alle Optionen diskutiert

werden, um zu einer zeitgemäßen Lösung zu kommen. In diesem Sinne freue ich mich auf die Diskussion in den Ausschüssen, auch wenn wir uns schon jetzt vorstellen können, wie das Ergebnis aussehen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, die Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.